

Umsetzung dezentraler Wohnformen für Menschen mit Behinderungen unter dem Aspekt der Inklusion

Einleitung:

Mit den am „Runden Tisch – Zukunft der Behindertenhilfe in Bayern“ verfassten „Eckpunkten zur Umsetzung dezentraler Wohnstrukturen für Menschen mit körperlicher Behinderung, Sinnesbehinderung und/oder geistiger Behinderung unter dem Aspekt der Inklusion“ wurden von allen Beteiligten bereits Kriterien formuliert, nach denen sich das Wohnen von Menschen mit Behinderung zukünftig ausrichten soll.

Sowohl die Eckpunkte als auch die hier im Folgenden beschriebenen Kriterien zur Umsetzung beziehen in Ihre Betrachtungen alle am Prozess der Betreuung, Begleitung und Assistenz von Menschen mit Behinderung beteiligten Stellen, Verbände, Verwaltungen, die Kommunen, die Leistungsträger und die Leistungserbringer – insbesondere jedoch die Menschen mit Behinderung selbst und deren Selbsthilfeorganisationen – mit ein.

Die getroffenen Aussagen stellen somit auch keine einseitige Aufgaben- und Verantwortungszuschreibungen dar, sondern benennen beispielhaft die jeweiligen Akteure in den einzelnen Prozessen. Die Prozessverantwortung liegt in vielen der hier benannten Prozessschritte jedoch bei den Leistungsträgern und den Leistungserbringern. Diese Handreichung dient somit der Orientierung und Hilfestellung für die Verantwortlichen vor Ort bei der Erstellung regionaler/örtlicher Konzepte und Planungen zur Umsetzung der Eckpunkte.

Die hier aufgeführten Punkte stellen deshalb auch keine chronologische Abfolge oder eine abschließende Aufzählung dar, sondern müssen in den jeweiligen Konzepten vor Ort angepasst und ergänzt werden.

1. Beschreibung und Analyse der Ausgangslage:

Vor jeder strategischen/konzeptionellen Planung ist es erforderlich, die Ausgangslage in den Fokus zu nehmen um Aussagen über Zielgruppe, Bedarfslage, Beteiligte und Rahmenbedingungen zu erhalten. Nur durch eine gewissenhafte Analyse ist gewährleistet, dass die richtigen Festlegungen und Entscheidungen getroffen werden.

Prozess	Inhalte	Beteiligte
Analyse der Ausgangslage	<ul style="list-style-type: none">- Bewertung und Erörterung:<ul style="list-style-type: none">• Konzeptionell/fachlich• Baulich und Strukturell• Rechtlich• sozialpolitisch	<ul style="list-style-type: none">- Leistungserbringer- externe Fachleute- Leistungsträger- Spitzenverbände/Selbsthilfeverbände- Menschen mit Behinderung/Angehörige/gesetzliche Vertreter
Bedarfsanalyse	<ul style="list-style-type: none">- Sozialplanung- Bedarfsermittlung nach Zielgruppen und Standorten/Regionen- Erhebung und Befragungen	<ul style="list-style-type: none">- Leistungserbringer- Menschen mit Behinderung/Angehörige/gesetzliche Vertreter- Leistungsträger- Kommunen- Spitzenverbände/Selbsthilfeverbände

2. Konzeption:

Alle gewonnenen Erkenntnisse, Zielsetzungen und Bedarfe müssen in einer Konzeption formuliert werden, die durch die Abstimmung mit allen am Prozess Beteiligten auf ihre Umsetzbarkeit und Stimmigkeit überprüft wird.

Prozess	Inhalte	Beteiligte
Konzeption	<ul style="list-style-type: none">- Beschreibung des Gesamtkonzepts, insbesondere zu:- Zielgruppen- Fachliche/inhaltliche Ausrichtung- Platzzahlen- Standorte- Einbindung in Sozialraum- Personal (Quantität, Qualität)	<ul style="list-style-type: none">- Leistungserbringer- Menschen mit Behinderung/Angehörige/gesetzliche Vertreter- Leistungsträger- Spitzenverbände- Kommunen- FQA
Konkrete Standortplanung	<ul style="list-style-type: none">- Entwicklung von Standortkriterien- Definition geeigneter Standorte- Vorgespräche mit den Kommunen	<ul style="list-style-type: none">- Leistungserbringer- Leistungsträger- Spitzenverbände/Selbsthilfe/Selbstvertretung- Menschen mit Behinderung/Angehörige/gesetzliche

		<p>Vertreter</p> <ul style="list-style-type: none"> - Kommune - Bevölkerung in geeigneter Weise (z.B. Stadtteilkonferenz, Bürgerversammlung) - Behindertenbeauftragte
Personalakquise	<ul style="list-style-type: none"> - standort- und konzeptbezogene Maßnahmen der Personalgewinnung und -bindung - Öffentlichkeitsarbeit 	<ul style="list-style-type: none"> - Leistungserbringer
Personalqualifizierung	<ul style="list-style-type: none"> - Schulung der Mitarbeiter in Bezug auf neue Betreuungskonzepte und Wohnformen 	<ul style="list-style-type: none"> - Leistungserbringer (unter direkter Einbeziehung von Menschen mit Behinderung)
Veröffentlichung des Gesamtkonzepts	<ul style="list-style-type: none"> - Information der Öffentlichkeit - Transparenz erzeugen - Unterstützung gewinnen 	<ul style="list-style-type: none"> - Leistungserbringer - Politik (Bezirk, Landkreis, Gemeinden) - Presse

3. Fragestellungen um die Immobilien

Geeignete Immobilien sind ein Schlüsselkriterium bei Dezentralisierungs- und Konversionsprozessen.

Im Hinblick auf die geeigneten baulichen Rahmenbedingungen gilt es bei Auswahl, Planung und Realisierung möglichst alle Faktoren, welche die Funktion und Wohnqualität beeinflussen können, zu beachten.

Prozess	Inhalte	Beteiligte
Immobilienkonzept	<ul style="list-style-type: none">- Definition der Projektform (Neubau, Umbau)- Raum- und Funktionsplanung- Anmietung oder Eigentum	<ul style="list-style-type: none">- Leistungserbringer- Baufachbehörde- FQA/Regierungen- Leistungsträger
Immobilien- und Grundstückssuche	<ul style="list-style-type: none">- Kontaktaufnahme mit Banken, Maklern, Kirchen, Firmen	<ul style="list-style-type: none">- Leistungserbringer- Gemeinden, Landkreise
Umfeldanalyse	<ul style="list-style-type: none">- Infrastruktur- Notwendige ergänzende Angebote wie Schulen, Tagesstruktur, Arbeit- Gemeinwesen- Soziales Umfeld	<ul style="list-style-type: none">- Leistungserbringer- Kommunen, Landkreise- Bevölkerung in geeigneter Weise (z.B. Stadtteilkonferenz, Bürgerversammlung)
Konkrete Bauplanung	<ul style="list-style-type: none">- Eingabeplan	<ul style="list-style-type: none">- Leistungserbringer- Baufachbehörden

		<ul style="list-style-type: none"> - Beteiligung Nachbarn - Menschen mit Behinderung - FQA
Konversion des Komplexstandorts	<ul style="list-style-type: none"> - Verwendung der Immobilien - Gewerbeansiedlung - Zielgruppen - Konzepte 	<ul style="list-style-type: none"> - Leistungserbringer - Land - Leistungsträger - Kommune / Landkreis - Gewerbe

4. Erstellung einer Zielvereinbarung

Im Hinblick auf Verbindlichkeit, Verlässlichkeit und Planungssicherheit ist es notwendig, dass die maßgeblich Beteiligten sich hinsichtlich der notwendigen Schritte und Maßnahmen verbindlich vereinbaren. Dies dient nicht zuletzt auch einer langfristig angelegten Bedarfs- und Sozialplanung, einschließlich Fragen der Finanzierung (s.u.). Über diese Zielvereinbarung wird die für alle notwendige Transparenz hergestellt.

Prozess	Inhalte	Beteiligte
Zielvereinbarung	<ul style="list-style-type: none">- Insbesondere verbindliche Festlegung von Platzzahlen, Standorten und Wohnformen in Verbindung mit einem Finanzierungs- und Zeitplan	<ul style="list-style-type: none">- Leistungserbringer- Leistungsträger- Spitzenverbände- weitere Vertragspartner (z.B. Gemeinde)
Abstimmungen und Vereinbarungen	<ul style="list-style-type: none">- erforderliche Kooperationen (z.B. mit weiteren Leistungserbringern)- Verzahnung von Entwicklungen und Kapazitäten	<ul style="list-style-type: none">- Leistungserbringer- Leistungsträger- Spitzenverbände- Kommunen und Landkreise

5. Finanzierungsfragen

Bereits bei der Planung und konzeptionellen Festlegung bedarf es eines grundsätzlichen Konsens über das angestrebte Ziel und den damit verbundenen Kosten. Um Konversion, Dezentralisierung und die Initiierung alternativer Wohn- und Betreuungskonzepte nachhaltig umsetzen zu können, bedarf es einer über den Finanzierungsplan hergestellten Finanzierungssicherheit für die Gesamtmaßnahme, einschließlich der durch die staatliche Förderung vorgegebenen Rahmenbedingungen.

Aufgrund der Dezentralisierung und Regionalisierung der Wohnangebote für Menschen mit Behinderungen muss von einem stark zunehmenden Bau- und Investitionsbedarf ausgegangen werden. Deshalb sind in den kommenden Jahren als Ergänzung zu den staatlichen Fördermöglichkeiten auch alternative Finanzierungsformen, insbesondere private Investorenmodelle zu ermöglichen und zu unterstützen.

Prozess	Inhalte	Beteiligte
Finanzierungsplan	<ul style="list-style-type: none">- Ermittlung der Gesamtkosten und deren Refinanzierung	<ul style="list-style-type: none">- Leistungserbringer- Leistungsträger- Land- ggfs. Investoren
Akquise Fördermittel	<ul style="list-style-type: none">- öffentliche Förderprogramme- freiwillige Zuschüsse- private Förderprogramme- Spenden, Stiftungsmittel	<ul style="list-style-type: none">- Land- Bezirk- Stiftungen und Fördervereine- Aktion Mensch
Entwicklung von	<ul style="list-style-type: none">- Prüfung der Möglichkeiten	<ul style="list-style-type: none">- Leistungserbringer

Investorenmodellen	am Kapitalmarkt (Zinssituation, Renditeerwartungen etc.) <ul style="list-style-type: none">- Genossenschaftsmodelle- Akquise von Einzelinvestoren- Renditeberechnung- Vertragsgestaltung	<ul style="list-style-type: none">- Leistungsträger- Banken, Makler, Agenturen
--------------------	---	---

6. Begleitende Prozesse

Folgende begleitenden Prozesse sind u.U. auf Seiten des Leistungserbringers vorzusehen bzw. zu beachten, ggf. in Zusammenarbeit und mit Unterstützung weiterer Beteiligter, wie z.B. Leistungsträger, Verbände usw..

Prozess	Inhalte	Beteiligte
Evaluation	<ul style="list-style-type: none">- Auswertung des Projekts in Bezug zur Zielsetzung (Integration, Teilhabe etc.)	<ul style="list-style-type: none">- Leistungserbringer- Leistungsträger- Spitzenverbände/Selbsthilfe/Selbstvertretung- Menschen mit Behinderung/Angehörige/gesetzliche Vertreter
Organisationsentwicklung	<ul style="list-style-type: none">- Weiterentwicklung der Strukturen und Prozesse des Leistungserbringers	<ul style="list-style-type: none">- Leistungserbringer

7. Umsetzung durch den Leistungserbringer vor Ort:

Die hier aufgeführten Umsetzungsschritte können nur beispielhaft sein und müssen je nach Ausgangslage und Zielsetzung angepasst werden. Grundsätzlich gilt, dass bei einem Konversionsprozess vor allem die Auswirkungen und Folgen für Menschen mit Behinderungen, Mitarbeiter, den Sozialraum und die Kooperationspartner beachtet und konzeptionell beantwortet werden.

WAS	WIE
Konkrete Umsetzung, z.B. Projektmanagement	<ul style="list-style-type: none">- Zeit- und Umsetzungsplanung
Beteiligung von Menschen mit Behinderungen, Angehörigen und gesetzl. Vertretern, Selbsthilfeorganisationen, Mitarbeiter/innen des Leistungserbringers	<ul style="list-style-type: none">- Informationsveranstaltungen- Workshops- Fortbildungen/Seminartage
Sozialraumarbeit Kontakt zu/Einbeziehen von	<ul style="list-style-type: none">- Gemeinde/des Stadtteils- Nachbarschaft- Vereinen und Interessensgruppen- Kirchliche Gemeinden/Religionsgemeinschaften- Gewinnung von Unterstützern und Ehrenamtlichen- Bildung von Teilhabegremien- Öffentlichkeitsarbeit

<p>Vorbereitende Qualifizierung der Menschen mit Behinderungen</p>	<ul style="list-style-type: none"> - Vorbereitung auf Wohn- und ggf. Arbeitsplatzwechsel - Verkehrssicherheit / Mobilität - Orientierung
<p>Akquise erforderlicher professioneller Partner</p>	<ul style="list-style-type: none"> - Hausärzte - Fachärzte - ambulante Pflegedienste - Krankenhaus - Apotheken - Feuerwehr - weitere div. Dienstleister
<p>Verträge und Finanzierung laufende Kosten</p>	<ul style="list-style-type: none"> - Abschluss neuer Leistungs-; Vergütungs- und Prüfungsvereinbarungen
<p>Realisierung Umzug</p>	<ul style="list-style-type: none"> - Logistik / Organisation